

Schuldenkrise

12.09.14

"Wir wollen keine Belehrung, sondern 300 Milliarden"

Italiens Premierminister fordert von der EU mehr Geld für Investitionen. Und das könnte er bekommen. Die Euro-Gruppe will mehr Wachstum schaffen, auch mit Steuergeld. Doch das finden nicht alle gut.

Von [Florian Eder](#), Mailand



Foto: dpa Erwartet mehr Investitionen von der EU: Italiens Premierminister Matteo Renzi

Italiens Premierminister Matteo Renzi begann am Freitag seinen Arbeitstag, einen vollen, wie er schrieb, auf seine eigene Weise: mit einer Fünferreihe von Tweets.

Kurz und knapp blies er hinaus in die Welt: Italien werde die Drei-Prozent-Grenze der Neuverschuldung einhalten. Das täten ohnehin nur wenige in der EU, [twitterte Renzi](#). "Von Europa erwarten wir uns also keine Belehrungen, sondern die 300 Milliarden an Investitionen", die der neue Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker versprochen habe.

Her mit dem Geld: Diese forsche Ansage setzt den Ton für ein Treffen der Euro-Finanzminister in Mailand und damit den Ton für die auffrischende Debatte über ein Ende des Sparens in Europa.

Frankreich wird erneut die Defizitgrenze reißen, obwohl das Land schon zweimal mehr Zeit bekommen hat, sich ihr wieder anzunähern. Und zusammen mit der zweitgrößten Volkswirtschaft drängt mit Italien ein weiteres Schwergewicht die EU zu weniger Strenge, sondern zu mehr Wachstumsorientierung.

Regeln der Fiskalpolitik sollen bestehen bleiben

Mit einigem Erfolg: "Wir haben den Fokus verschoben von der Sicherung der Finanzstabilität bis hin zu der Sicherung des Wachstums", sagte der Chef der Euro-Gruppe, der niederländische Finanzminister Jeroen Dijsselbloem, nach dem Treffen.

Dass dies eine tatsächliche Neuausrichtung darstellen könnte, lässt sich an einem Bekenntnis ablesen: Die Minister sahen sich genötigt, eine Selbstverständlichkeit zu erklären. "Wir haben uns darauf geeinigt, an den geltenden [Regeln der Fiskalpolitik festzuhalten](#)", sagte Dijsselbloem.

Ein Zeichen der Nachsicht sendet die Euro-Gruppe etwa an Paris, trotz des erneuten Verfehlens der Defizitziele. Zunächst müsse die EU-Kommission den französischen Haushaltsentwurf bewerten, anschließend würden diese Ergebnisse den Finanzministern der Währungsunion und der EU-Finanzministern besprochen, sagte Schäuble und äußerte sich damit lediglich und korrekt zu Prozeduralem: "Ich warte ab", sagte er weiter.

Am 1. Oktober will Frankreich den Haushaltsansatz für das kommende Jahre vorstellen und hatte Einsparungen von 21 Milliarden Euro versprochen.

Welches Maß an Wachstum tut Europa gut?

Die Sicherung des Wachstums also soll nun von einer seit Jahren geübten rhetorischen Übung zur gelebten Praxis europäischer Wirtschaftspolitik werden. Eine "wachstumsfreundliche Konsolidierung" bescheinigt sich die EU schon lange, nun soll es wohl in Richtung einer konsolidierungsgerechten Wachstumspolitik gehen. Nur wie sieht diese aus? Die Diskussion darum löst nach und nach die Debatte der vergangenen Jahre ab, welches Maß an Sparsamkeit Europa gut tut.

Dass mehr Investitionen in die europäische Wirtschaft nötig sind, ist Konsens. Die einen aber, wie Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) und der amtierende Währungskommissar Jyrki Katainen, fürchten nachlassenden Eifer bei der Haushaltskonsolidierung, halten Ausgabendisziplin aber für die Grundvoraussetzung für Investitionen und Wachstum.

Ohne Stabilität und damit ohne Sicherheit keine privaten Investitionen, so mahnte auch Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank. "Wir brauchen ehrgeizigere Strukturreformen, damit Investitionen zurückkehren", sagte er.

Deutschland soll mehr investieren

Eine zweite Schule hingegen dringt darauf, die EU müsse mehr für neue Beschäftigung tun, indem sie öffentliche Gelder in die Hand nimmt: Erst Wachstum, dann Reformen und Sparkurs. Im Halbjahr seiner EU-Präsidentschaft wirbt Italien mit Nachdruck für diesen Ansatz.

In einem ist sich Italiens Finanzminister Pier Carlo Padoan mit seinem Landsmann Draghi recht einig: Die EZB habe Recht mit ihrer Warnung vor einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage in Italien. "Die EZB gibt zu, dass das makroökonomische Umfeld viel schlechter ist als vor sechs Monaten", sagte Padoan in Mailand.

Während die EZB zuletzt aus diesem Grund größere Sparanstrengungen empfahl, sagte der zuständige Minister bloß: "Es ist offensichtlich, dass das Auswirkungen auf den Staatshaushalt hat." Er bekannte sich zur Defizitvorgabe der EU für Italien von 2,6 Prozent. Aber eine neue Sparrunde?

Nein. "Was Italien zur Haushaltssanierung tun musste, das hat es getan." Dagegen, dahingehend äußerte sich Renzi kürzlich, hätten andere Länder nicht alles getan, was sie tun hätten können: Deutschland könne ob seiner wirtschaftlichen Kraft mehr Gelder der öffentlichen Hand für Investitionen ausgeben.

Schäuble setzt auf Ausgaben der Privatwirtschaft

Das schlägt auch die EU-Kommission vor: "Mitgliedsstaaten mit großen Überschüssen in der Handelsbilanz sollten mehr investieren", sagte Katainen, auch an Deutschland gerichtet. In einer Studie hatte die Kommission

in dieser Woche auf die Notwendigkeit von Investitionen etwa in die Verkehrsinfrastruktur hingewiesen, wolle die Bundesrepublik ihre Wettbewerbsfähigkeit behalten.

Schäuble wies, wie Renzi, derlei Ratschläge aus Brüssel oder anderen Hauptstädten zurück. "Die Kommission sagt auch immer, wir sollten an unserer Haushaltskonsolidierung festhalten", sagte er. "Insofern sind die Empfehlungen der Kommission, wenn man nur einzelne Elemente daraus nimmt, auch widersprüchlich."

Schäuble aber teilt die Einschätzung, mehr Investitionen seien nötig: "Wir sind in einem wirtschaftlichen Umfeld, das eine Verstärkung der Investitionen überall in Europa, auch in Deutschland, erfordert", sagte er.

Der Bundesfinanzminister setzt dabei allerdings auf verstärkte Ausgaben der Privatwirtschaft und nicht auf Steuergeld: "Wir arbeiten weltweit und auf europäischer und nationaler Ebene daran, mehr Investitionen in der privaten Wirtschaft durch verbesserte Rahmenbedingungen zu bekommen."